

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 98

25. Mai 1987

Professor Dr. Horst Ehmke
MdB analysiert die Angst
der Union vor der Ab-
rüstung: Rache für die
Verdrängung der eigenen
Vergangenheit.

Seite 1

Hans Böhler MdB würdigt
15 Jahre Verkehrsvertrag
mit der DDR: Möglichkei-
ten der Begegnung eröff-
net.

Seite 3

Florian Gerster MdB kom-
mentiert den Jahresbericht
der Jugendoffiziere: Akzep-
tanzprobleme der atomaren
Abschreckung.

Seite 4

Inge Wettig-Danielmeier
MdB befaßt sich mit den
Konsequenzen der verfeh-
lenen Steuerreformpolitik:
Ein heißer Sommer in Nie-
dersachsen.

Seite 5

Egon Lutz MdB resümiert
Beobachtungen auf einer
DDR-Reise: An der Schwel-
le zum Computer-Zeitalter.

Seite 6

Die Angst der Union vor der Abrüstung

Jetzt rächt es sich, daß die Konservativen ihre eigene
Vergangenheit bis heute verdrängt haben

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Selbst CDU-Leute verfolgen inzwischen mit Kopfschütteln
das Gegen- und Durcheinander in der Union angesichts der
Chance, in Europa wirklich zur Abrüstung zu kommen. Bis
in die konservative Presse hinein sind sich die Kommen-
toren darin einig, daß der Streit in der Union die Bundes-
regierung außen- und sicherheitspolitisch lähmt und sie im
Bündnis zu isolieren droht.

Es rächt sich jetzt, daß die Union ihre Ablehnung der Ost-
und Entspannungspolitik einschließlich ihres Neins zu den -
die heutige Lage in Europa bestimmenden - Vertragswerken
verdrängt hat, statt sie zu diskutieren und offen zu revidie-
ren. Die strikte Ablehnung der Entspannungspolitik und
der Ostverträge durch die CDU als Oppositionspartei machte
- nach der Wende der FDP - ohne jede Diskussion in der
Union und ohne Aufarbeitung in den Koalitionsverhandlungen
einem Bekenntnis der neugebildeten Regierung zu „außen-
politischer Kontinuität“ Platz - was mehr ist als die selbst-
verständliche Respektierung völkerrechtlich bindender Ver-
träge.

Das so Verdrängte macht sich seitdem in Unmutsäußerungen
und -gebärden des rechten Unionsflügels Luft, der in der
CDU selbst zur „Stahlhelm“-Gruppe getauft wurde. Helmut
Kohl hat keine Klarheit geschaffen, er hat im Gegenteil die
Probleme vernebelt und versucht, sie im Nebel „auszusitzen“.
Aus wahltaktischen Gründen - Sorge vor einer Partei rechts
von der Union - hat er dem rechten Flügel wieder und wieder

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kommunikations-
dienstleistungen
Registrierungsstelle



Konzessionen gemacht, zuletzt zum Beispiel in seinen Entgleisungen gegenüber Gorbatschow. Die „Stahlhelmer“ fühlen sich dadurch - zumal auf dem Hintergrund schlechter CDU-Wahlergebnisse - nur noch ermuntert.

Gorbatschows neue Politik, die er aus russischem Interesse betreibt, zwingt den Westen und damit auch die Union dazu, in Sachen Ostpolitik und Abrüstung Farbe zu bekennen. Und siehe da: Nicht wenige in der Union scheinen vor wirklicher Abrüstung mehr Angst zu haben als vor weiterem Wett-rüsten. Dem „Stahlhelm“ paßt die ganze Richtung nicht. Es bricht wieder die Irrationalität durch, die früher das Nein der Union zur Entspannungspolitik bestimmt hat. Bei Dregger zum Beispiel ist die Angst, daß „der Iwan über den Hügel rollt“, wenn wir nicht bis an die Zähne bewaffnet sind, mit Händen zu greifen. Die Russen werden in einem Arbeitsgang als Kommunisten hoffnungsloser Rückständigkeit und als Großmacht gefährlicher Überlegenheit geziehen.

Bedrohungsszenarien werden aufgewärmt, die schon zu ihrer Entstehungszeit im Kalten Krieg mit der Wirklichkeit wenig zu tun hatten. Auf sie gestützt entwickeln manche Militärs in der Bundeswehr und der NATO militärische Doktrinen und Aufrüstungspläne - zum Beispiel bei Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa mit nuklearen, chemischen und konventionellen Sprengköpfen -, die zwar unter dem Schlagwort größere „Sicherheit“ laufen, in Wirklichkeit aber die Lage in dem ohnehin schon mit Waffen vollgestopften Europa nicht sicherer machen, sondern destabilisieren würden. Die „Stahlhelmer“ sind gegen die doppelte Null-Lösung, weil sie eine solche Aufrüstung ausschließen würde.

Das erschreckende Bild, das die Union und die von ihr getragene Bundesregierung derzeit bietet, spiegelt also nur die simple Tatsache wider, daß die Union bis heute weder zu den Ergebnissen des Hitler-Krieges noch zur Sowjetunion, noch zu den völlig neuen Gefahren des nuklearen Zeitalters ein rationales, durchdachtes Verhältnis gefunden hat.

(-/25.5.1987/rs/ks)

* * *

Möglichkeiten der Begegnung eröffnet

15 Jahre Verkehrsvertrag mit der DDR

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Über den Zusammenhang zwischen praktischen Fragen und den Grundsätzen der Deutschlandpolitik gibt der Verkehrsvertrag mit der DDR Auskunft.

Scheinbar praktische Fragen werden behandelt: Welche Grenzübergänge können im Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten benutzt werden, was geschieht bei Unfällen, wie werden Fahrpläne von Bundesbahn und Reichsbahn der DDR aufeinander abgestimmt und so weiter. Zugleich war der Verkehrsvertrag aber der erste Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Er klammert den grundsätzlichen Dissens aus, damit Vorteile für die Menschen erreicht werden konnten.

Die beiden deutschen Staaten erbrachten erstmals den Nachweis, daß sie in der Lage sind, rechtlich verbindlich zwischen ihnen bestehende Sachfragen zu regeln. Am Tag der Unterzeichnung des Verkehrsvertrages, am 26. Mai 1972, teilte der DDR-Unterhändler Michael Kohl der Bundesregierung offiziell mit, daß es infolge des Verkehrsvertrages zukünftig „zu Reiseerleichterungen im Verkehr zwischen beiden deutschen Staaten“ kommen werde. Bundesbürgern werde zukünftig mehrmals jährlich die Einreise in die DDR zu Verwandten- und Bekanntenbesuchen erlaubt. Reisen aus kommerziellen, kulturellen, sportlichen oder religiösen Gründen sowie Touristenreisen seien von nun an möglich und die Benutzung privater Personenkraftwagen werde in größerem Umfang gestattet. Umgekehrt werde die DDR ihren Bürgern Reisen in die Bundesrepublik bei dringenden Familienangelegenheiten gestatten.

Der Verkehrsvertrag leitete eine Entwicklung ein, die 1986 3,79 Millionen Reisen aus der Bundesrepublik in oder durch die DDR verzeichnet. Nach Angaben der DDR reisten 1986 573.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik. 1971 reisten dagegen lediglich geschätzte 2,2 Millionen Menschen von der Bundesrepublik in die DDR.

Viele Möglichkeiten, die heute als selbstverständlich hingenommen werden, existierten vor 15 Jahren nicht. Die Pkw-Benutzung war bei Reisen in die DDR nahezu ausgeschlossen. Die Fahrpläne der Eisenbahnen waren nicht koordiniert und man konnte keine Rückfahrkarten lösen. Allerdings ist die positive Entwicklung im Reiseverkehr durch die Erhöhung des Mindestumtauschs durch die DDR getrübt worden.

Der Bundesregierung, die sich mit Recht über die Entwicklung der Reisezahlen freut, muß ins Stammbuch geschrieben werden, daß sie Erbe des Verkehrsvertrages von vor 15 Jahren und des Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und Erich Honecker am Werbellin-See 1981 ist, bei dem die Steigerung des Reiseverkehrs vor allen Dingen in Ost-West-Richtung verabredet worden war. Manche praktischen Fragen sind nach wie vor ungelöst, zum Beispiel ist die Einreise mit Fahrrädern oder Motorrädern in die DDR nach wie vor nicht möglich. Auf den Wasserstraßen gibt es Benachteiligungen und manche Unklarheit für westdeutsche Schiffsführer, Regelungen für einen durchgängigen Linienflugverkehr konnten noch nicht gefunden werden, und der Eisenbahnverkehr über Berlin (West) ist dringend modernisierungsbedürftig.

Dies alles sollte nicht vergessen werden, am 15. Jahrestag des ersten Vertrages, den beide deutsche Staaten aus eigener Verantwortung geschlossen haben. (-/25.5.1987/vo-hs/rs)

* * *



Akzeptanzprobleme der atomaren Abschreckung

Zum Jahresbericht der Jugendoffiziere

Von Florian Gerster MdB

Die hauptamtlichen Jugendoffiziere der Bundeswehr nehmen eine schwierige Aufgabe wahr. Gegenüber jungen Menschen in Schule, kirchlichen und politischen Jugendgruppen haben sie die Sicherheitspolitik der Bundesregierung, den Verfassungsauftrag der Streitkräfte und die Sinnhaftigkeit des Wehrdienstes zu vermitteln.

Ihr Jahresbericht gibt Hinweise auf Denk- und Argumentationsmuster ihrer jugendlichen Zielgruppe.

Im Bericht 1986 ist die „sinkende Zustimmung zu den Grundzügen deutscher Sicherheitspolitik“ bemerkenswert.

Der entscheidende Grund für die mangelnde Akzeptanz der „offiziellen“ Sicherheitspolitik ist die zentrale Rolle der Atomwaffen im Rahmen der westlichen Verteidigungsdoktrin. Während die Bundeswehr als Institution unverändert hohes Vertrauen genießt, findet ihr konkreter Auftrag im Rahmen der NATO-Strategie wesentlich geringere Zustimmung.

Dieser Hinweis der Jugendoffiziere macht ein vertrautes Problem westlicher Sicherheitspolitik deutlich: Schon in den siebziger Jahren mangelte es - sogar unter längerdienenden Soldaten - an Akzeptanz der NATO-Strategie der „flexiblen Antwort“. Die Bereitschaft zu einem westlichen Ersteinsatz von Atomwaffen im Verteidigungsfall war bei der Mehrheit der Bevölkerung - wie der Soldaten! - nie vorhanden. Wie lange kann eine demokratisch verfaßte Gesellschaft mit einer Verteidigungsdoktrin leben, die in ihrer Konsequenz nicht akzeptiert wird?

Wir begegnen im 1986er Bericht der Jugendoffiziere weiteren alten Bekannten: So der Klage ehemaliger Wehrpflichtiger über Leerlauf, Unterforderung und Mängel in der Menschenführung während ihrer Dienstzeit. Wenn die - von der SPD abgelehnte - Verlängerung der Grundwehrdienstzeit auf 18 Monate nicht zu einer echten Krise der Wehrpflichtarmee führen soll, muß sich das Verteidigungsministerium einiges über die Gestaltung dieser 18 Monate einfallen lassen. Gerade im letzten Quartal wäre ein Motivierungsprogramm für ausscheidende Wehrpflichtige mindestens so sinnvoll wie die Bemühungen um den richtigen „Einstieg“ zum Dienstbeginn.

Das von den Jugendoffizieren beschriebene Meinungsbild der jungen Bundesbürger ist recht ausgewogen, auch in zentralen Fragen: Mehrheitliche Bejahung der westlichen Allianz; Kritik an der aktuellen amerikanischen Außenpolitik; „emotionale“ Ablehnung des Konzepts der atomaren Abschreckung. Hier ist nicht nur die Notwendigkeit besserer Vermittlung, sondern die der Weiterentwicklung unserer sicherheitspolitischen Grundlagen angezeigt: Weg von Hochrüstung und atomarer Abschreckung, hin zu einem Konzept gemeinsamer Sicherheit in Ost und West mit konventioneller Nichtangriffsfähigkeit und drastischer atomarer Abrüstung („minimum deterrence“).

Insgesamt zeigt sich der große Vorteil der Wehrpflichtarmee im demokratischen Staat: Junge Wehrpflichtige fragen mit Recht immer wieder nach Sinn und Zweck ihres Dienstes - und geben sich nicht mit alten Antworten zufrieden.

(-/25.5.1987/rs/ks)

* * *



Ein heißer Sommer in Niedersachsen

Konsequenzen der verfehlten Steuerreformpolitik

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Bildungspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

Die SPD hat im Landtag immer wieder auf die schwierige Haushaltslage Niedersachsens hingewiesen. Aber trotz der finanziellen Schwierigkeiten des Landes hat die Regierung Albrecht den unverantwortlichen Steuerkürzungsplänen der Bundesregierung zugestimmt.

Seit Jahren höhlt die CDU-Regierung das Haushaltsrecht des Landtages aus. Jahr für Jahr kürzt sie wenige Wochen nach der Verabschiedung der Haushalte die vom Parlament auf Vorschlag der Regierung beschlossenen politischen Maßnahmen nach ihren Vorstellungen ohne parlamentarische Kontrolle.

In diesem Jahr überstiegen die von der Landesregierung vorgenommenen Streichungen kurz nach der Haushaltsverabschiedung alle bisher üblichen Maße, weil die Regierung sowohl vor der Landtagswahl 1986 als auch zur Bundestagswahl 1987 unverantwortliche Wahlgeschenke gemacht und die Haushaltslage des Landes verschleierte hat.

Die „Sparmaßnahmen“ sind vor allem gegen die gerichtet, die es ohnehin schwer haben in unserer Gesellschaft: Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Arbeitslose, junge Menschen, die sich in der Ausbildung befinden, Frauen.

Die vorgeschlagenen Ausgabenkürzungen bedrohen die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens und erhöhen die Arbeitslosigkeit. Protest haben die Maßnahmen vor allem an den Hochschulen hervorgerufen.

Leistungsfähige Hochschulen sind die Voraussetzung für gesellschaftliche und technische Innovationskraft und Fortschritt. Als wichtige Bildungs- und Ausbildungsstätten tragen sie zur wirtschaftlichen und geistigen Leistungsfähigkeit eines Landes bei. Wenn zum Beispiel die Universität Göttingen als größter Arbeitgeber Südniedersachsens geschwächt wird, belastet das den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt dieser Region zusätzlich. Wenn die Universitäten Oldenburg und Osnabrück „verschlankt“ werden, wird auch die wirtschaftliche Attraktivität des ohnehin schwierigen nord-westlichen Wirtschaftsraums verringert.

Die neuen Sparmaßnahmen treffen Hochschulen, die ohnehin durch jahrelange Überlastung durch steigende Studentenzahlen und Kürzungen beim wissenschaftlichen Personal und bei der Ausstattung nur noch mit äußerster Anstrengung ihre Forschungs- und Bildungsaufgaben erfüllen können. Die Zahl der Studierenden hat sich im letzten Jahrzehnt in Niedersachsen um circa die Hälfte erhöht, die Zahl der Lehrenden ist um drei Prozent gestiegen. Die Sachmittelausstattung ist in der gleichen Zeit real gesunken. Das heißt die Hochschulen müssen mit 94 Prozent der Sachmittelausstattung von 1976 auskommen.

Die Studenten werden doppelt getroffen. Durch die Verschlechterung der Studienbedingungen dauert die Ausbildung häufig länger, wird aber nicht immer besser. Die Streichung der BAFÖG-Stipendien durch die Bundesregierung hat viele veranlaßt, ihr Studium durch gleichzeitige Berufstätigkeit zu verdienen; auch das verlängert die Studienzeit. Jetzt will die Landesregierung für länger Studierende Studiengebühren erheben: 500 DM pro Semester, wenn die oder der Studierende die BAFÖG-Förderungshöchstdauer um drei Semester überschreitet. Dabei versucht sie, billige Vorurteile in der Bevölkerung gegen Bummelstudenten zu mobilisieren. Solche Studiengebühren bringen dem Staat hohen Verwaltungsaufwand und wenig Einnahmen. Sie dienen vor allem einer konservativen elitären Bildungspolitik; getroffen und abgeschreckt werden die sozial Benachteiligten: Kinder aus Arbeiterfamilien und Mädchen.

Nicht von ungefähr streiken seit Wochen die Studierenden des Landes gegen Sparmaßnahmen an den Hochschulen, aber auch gegen die Sparmaßnahmen in den Schulen, bei der Sozialhilfe und bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Anders als in der Vergangenheit werden die politischen Ziele der demonstrierenden und streikenden Studentinnen und Studenten von allen Hochschulangehörigen unterstützt. Anlässlich des 250jährigen Jubiläums der Universität Göttingen hat der Senat einstimmig zu einer Demonstration gegen die Hochschulpolitik der Landesregierung aufgerufen.

Ganz offensichtlich nehmen auch Konservative die CDU/FDP-Politik der öffentlichen Armut und des privaten Reichtums weniger nicht mehr hin.

(-/25.5.1987/rs/ks)



Die DDR an der Schwelle zum Computer-Zeitalter
Beobachtungen auf einer Reise in die andere Republik
Von Egon Lutz MdB

Die DDR an der Schwelle des Computer-Zeitalters - das ist schon ein bemerkenswerter gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Vorgang. Zuerst einmal fällt ins Auge, daß der andere deutsche Staat sich mit einer Hingabe den neuen Technologien öffnet, die unserer Fortschrittsgläubigkeit Mitte der sechziger, Anfang der siebziger Jahre zum Verwechseln ähnelt. Für die heutige DDR stehen die Rechner als Symbol des Fortschritts, der Entfesselung der Produktivkräfte, als Instrument steigenden Wohlstands.

Man setzt auf die Computer- und auf die junge Generation und ermuntert sie, sich diese Technologie zu eigen zu machen. Das Bedauern darüber herrscht vor, daß das alles noch nicht schnell genug geht. Daß man den Heim-Computer noch nicht anbieten kann, weil man die Rechner für die Schulen, die Ausbildungsstätten, die Hochschulen und die Computer-Kabinette der Jugendklubhäuser braucht. Das hemmt den Fortschritts-Elan, das verzögert den Einzug der neuen Technik in die Betriebe und Verwaltungen.

Noch eins fällt auf: die DDR gibt ihrer Jugend die neue Technologie in die Hand. Und die stürzt sich voll Eifer auf die neuen Möglichkeiten. Sie bekommen geradezu leuchtende Augen, die jungen Menschen aus den Jugendforschungskollektiven der Kombinate und großen Werke. Und sind verblüfft, wenn man ihren Enthusiasmus als blauäugige Fortschrittsgläubigkeit, die auch uns einmal erfaßt habe, hinterfragt.

Allerdings, die Voraussetzungen für die Aneignung der neuen Technologien sind im anderen deutschen Staat anders als bei uns. Die DDR hat noch immer einen beträchtlichen Arbeitskräftebedarf. Die Rechner, die menschliche Arbeitskraft ersetzen, bieten die Voraussetzungen für noch ungedeckten Bedarf in anderen Wirtschaftszweigen. Sie sind - und werden das immer mehr - unentbehrliche Voraussetzung für den Anschluß ans und das Halten des erreichten Weltniveaus. Die neue Computer-Generation verheißt ihren Anwendern gesellschaftliches Prestige und finanzielle Leistungsanreize und gilt als unabdingbare Voraussetzung für soziale Verbesserungen und ein Mehr an Freizeit.

Niemand scheint zu fürchten, daß mit den Rechnern auch eine Abqualifizierung menschlicher Arbeit verbunden sein könnte. Das genaue Gegenteil, so argumentiert man, sei der Fall. Die Rechner entlasteten die Menschen von Routine-Arbeitsgängen und machten den Weg frei für die schöpferische Anwendung. Sie bedingten den informierten Menschen und seien nicht vorstellbar ohne Delegation von Verantwortung in die Jugend- und Arbeitskollektive.

Nicht ungeschickt setzt man bei der Anwendung der neuen Technik auf die Kreativität der Jugend. In der „Messe-der-Meister-von-Morgen“-Bewegung, in den Jugendforschungskollektiven dominiert die Anwendung der Rechner in der Produktion. Mit dem Elan der Jungen will man die vielleicht etwas zögerliche Bereitschaft der Älteren zum Umdenken und zur Weiterqualifizierung überspielen. Die Garantie des Arbeitsplatzes kann (noch) eingelöst werden. Die Angst vor finanzieller Abqualifizierung existiert nicht. Der Staat lockt mit Ehren und Prämien. Er räumt Mitspracherechte bei der Gestaltung der neuen Arbeitsplätze ein. Er fördert die Mobilität und das Lernen für Morgen.

Der neue Arbeitnehmertyp, der da heranwächst, wird auch die Gesellschaft in der anderen deutschen Republik verändern. Man kann einem Menschen nicht logisches Denken beibringen und dann erwarten, daß er diese Fähigkeit nur produktionsbezogen einsetzt. Er wird über den Bildschirm hinaus denken. Wenn nicht heute, dann morgen. Eigenverantwortung kann man nicht auf den Arbeitsplatz, auf Qualitätsstandards, auf Leistungskurven begrenzen. Gorbatschows Wort von der Demokratisierung der Gesellschaft als Voraussetzung der vollen Anwendung der Zukunftstechnologien ist auch in der DDR gehört worden.

Was jetzt aus technologischer Notwendigkeit angestoßen wurde, läßt sich nur bedingt kanalisieren und steuern. Die internationale Arbeitsverflechtung, die eben nicht nur im COMECON stattfindet, sondern auch in die westlichen Märkte und die Schwellenländer hineinwirkt, tut ein Übriges. Der neue Arbeitnehmertyp macht auch den neuen Kadertyp, den neuen Funktionär notwendig. Schneller vielleicht, als dies sich mancher in der jetzigen Führungselite dies vorstellt.

(-/25.5.1987/rs/ks)

